

Militärisierung der Gesellschaft – und soziale Bewegungen

Das Phänomen wird wahrgenommen...

Dass wir gegenwärtig eine Militarisierung der Gesellschaft erleben, wird in sozialen Bewegungen als Phänomen durchaus wahrgenommen, wie in den vielfältigen Protesten und Aktionen zum Ausdruck kommt. Sie wird sichtbar in offensiven Werbestrategien der Bundeswehr, die mit dem Slogan ‚Keine Bananen ohne Bundeswehr‘ einen gewissen Höhepunkt der Geschmacklosigkeit erreicht haben. Noch problematischer ist die Präsenz der Bundeswehr an den Schulen. Hier wird die als Aufklärung getarnte Werbung zur zynischen ‚Werbung für das Sterben‘. Grenzüberschreitungen werden aber deutlich in der sich mehrenden Übernahme von Sicherheitsaufgaben im Innern oder in der vorangetriebenen Kooperation zwischen Militär und staatlicher Entwicklungshilfe¹. In öffentlichen Auftritten und Inszenierungen von Events – von Konzerten, über öffentliche Vereidigungen bis hin zu Militärgottesdiensten – sucht die Bundeswehr nach gesellschaftlicher Legitimation und Akzeptanz. Vor allem bei öffentlichen Inszenierungen geht es um die Re-Sakralisierung des Militärischen durch einen leeren Transzendenzbezug – wie sie Herfried Münkler schon seit langem fordert². Gemeint ist die Überhöhung des Einsatzes der Bundeswehr zwecks Förderung von Heroismus, d.h. der Bereitschaft in Kampfeinsätzen der Bundeswehr das Leben für ‚Höheres‘ einzusetzen. Für religiös ausgerichtete Menschen wird die Leere des Transzendenzbezugs in kirchlichen Inszenierungen mit ‚Gott‘ gefüllt.

Dass es bei den Einsätzen der Bundeswehr weder um Landesverteidigung noch um die Verteidigung von Freiheit und Demokratie, sondern um die Sicherung der Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft geht, wird nicht einmal mehr von politischen Akteuren verschwiegen. Die militärischen Ziele sind auch in entsprechenden Strategie- und Konzeptionspapieren nachzulesen. Verwiesen wird dabei auf die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen, die Sicherung von Handelswegen und Marktzugängen – und nicht zuletzt auf die „Sicherung vor Flüchtlingsströmen und den Folgen der sich abzeichnenden Klimakatastrophe“³. In der ‚Erklärung zur Sicherheit des Bündnisses‘ wird die politische „Instabilität, die von schwachen und zerfallenden Staaten herrührt“⁴ offen ausgesprochen. Auch das Papier „Klimawandel und Internationale Sicherheit“ verweist auf die „Situationen staatlicher Fragilität“ und die damit verbundenen „Spannungen um Rohstoffe und die Energieversorgung“. In diesem Zusammenhang müssen sich Sicherheitsmaßnahmen „auf ökologische und sozioökonomische Belastungen, auf Bedrohungen für kritische Infrastrukturen und Wirtschaftsgüter, auf Grenzstreitigkeiten, auf die Auswirkungen hinsichtlich der Menschenrechte und auf potentielle Migrationsbewegungen erstrecken“⁵.

Wahrnehmungsverweigerung im Interesse von ‚Politikfähigkeit‘?

Aus welchen Gründen auch immer wird in sozialen Bewegungen die hinter den Phänomenen steckende Krise des Kapitalismus kaum wahrgenommen. Wollen sich soziale Bewegungen ihre Illusionen der Handlungsfähigkeit in den herrschenden Verhältnissen der

¹ Vgl. Peter Heinelt, Bewaffnete Entwicklungshilfe, in: junge welt vom 11. 7. 2013.

² Herfried Münkler, Heroismus ist unverzichtbar, Focus, 25.2., 2002, <http://www.focus.de>

³ Vgl. Erklärung zur Sicherheit des Bündnisses, hrsg. „von den Staats- und Regierungschefs, die am Treffen des Nordatlantikrats am 4. April 2009 in Strassbourg/Kehl teilgenommen haben“, vgl. www.internationalepolitik.de/ip/archiv, zitiert, in: Junge Welt 9.11. 2010; Javier Solana, Benita Ferrero Walter in ihrem 2008 veröffentlichten Papier „Klimawandel und internationale Sicherheit. Solana ist ehemaliger NATO-Generalsekretär und Hoher Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Ferrero-Waldner ehemalige EU-Kommissarin für Außenbeziehungen.

⁴ S. Anm. 2.

⁵ Ebd.

Warenproduktion und der mit ihr verbundenen Politikform erhalten und Einsichten in die Notwendigkeit von Alternativen ‚jenseits von Markt und Staat‘ vermeiden? Wer in die angedeutete Richtung denkt, muss damit rechnen ‚bei Hofe‘ ebenso wie bei den medialen ‚Hofberichterstattem‘ als ‚politikunfähig‘ abgewiesen zu werden. Es scheint, als seien zu viele bereit, lieber den Preis der Verweigerung von Erkenntnis zu zahlen als von Ignoranten mit dem Entzug der ‚politischen Zurechnungsfähigkeit‘ bestraft zu werden. Und in und über allem steht die Selbstzensur der Vermittelbarkeit: Erkenntnis muss ‚vermittelbar‘ sein – an wen oder was auch immer. Dieses Dogma beschreibt die ‚selbst verschuldeten‘ Grenzen der Erkenntnis. Selbst wenn in der Vermittlung der Inhalt ‚gegen Null‘ tendiert, wird am Dogma der Vermittlung festgehalten.

Die ‚neuen Kriege‘ und die Krise des Kapitalismus

Umso wichtiger erscheint es, Zusammenhänge ‚zur Kenntnis‘ zu nehmen, die Robert Kurz bereits in seinem Buch ‚Weltordnungskrieg‘⁶ reflektiert hatte. Darin brachte er die ‚neuen Kriege‘ mit dem Zerfall und der Bedrohung staatlicher Souveränität durch die Zerfallsprodukte zusammen. Die Krise staatlicher Souveränität fällt jedoch weder vom Himmel noch ist sie der Korruptierbarkeit ‚des Menschen‘ oder ‚irgendwie‘ schlechter Regierungsführung geschuldet, sondern geht einher mit der Verwertungskrise des Kapitals.

Krise der Wertschöpfung

Wenn die Apologeten des Kapitalismus den inneren Zusammenhang von Markt und Demokratie als Charakteristikum für die kapitalistische Gesellschaft benennen, plaudern sie in gewisser Weise die Wahrheit aus. Fundiert ist die kapitalistische Gesellschaft in der Produktion von Waren, die auf dem Markt getauscht werden. Darin gründet aber auch ihre Krise. Substanz der Warenproduktion ist abstrakte Arbeit, die sich im Wert der Ware vergegenständlicht. Seinen abstraktesten Ausdruck findet der Wert im Geld. Reißt der für die kapitalistische Gesellschaft konstitutive Zusammenhang von Arbeit (als Substanz des Werts), Ware (als Vergegenständlichung des Werts) und Geld (als abstraktester Ausdruck des Werts) auseinander, kann sich der Kapitalismus nicht mehr reproduzieren und gerät in Prozesse der Zerstörung. Der logisch nicht zu lösende Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, Arbeit zur Produktion von Wert zu verausgaben, und gleichzeitig in der von der Konkurrenz erzwungenen Steigerung der Produktivität Arbeit zu entsorgen, erreicht mit der mikroelektronischen Revolution auch historisch seine Grenzen. Die im Kampf um Produktivität entsorgte Arbeit kann durch Ausweitung der Produktion nicht mehr kompensiert werden. Damit gerät die Wertschöpfung an eine objektive Grenze, die sich historisch in der Vielfältigkeit der Krisen zeigt. Mit der Arbeit verliert die ökonomische Form ihre Substanz und verfällt in den globalisierten Finanzkapitalismus mit seinen bekannten Krisenerscheinungen von Armut und staatlichen Finanzkrisen oder in Plünderungsökonomien, in denen es Staaten nicht mehr möglich ist, Herrschaft in den Formen von Warenproduktion und Markt, von Staat und Recht zu sichern.

Mit der Wertschöpfung gerät auch der Staat in die Krise

Gerät der ‚Markt‘ – oder besser gesagt – die Wertschöpfung in die Krise, gerät auch die ‚Demokratie‘ bzw. der Staat in die Krise. Staat steht ja nicht nur polar der Ökonomie gegenüber, vielmehr bilden Warenproduktion und Staat eine polare Einheit. Der Staat kann seine Aufgabe, gegenüber der Vereinzelung kapitalistischer Produktion eine kapitalistische Allgemeinheit darzustellen, sich also als ‚ideeller Gesamtkapitalist‘ zu konstituieren, nur in Abhängigkeit vom Verwertungsprozess wahrnehmen. Er kann nur ‚steuern‘, wenn er hinreichend ‚Steuern‘ aus der Wertschöpfung erhält. Gerät also die Wertschöpfung an ihre

⁶ Robert Kurz, Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef 2003.

Grenze, gerät auch die Staatlichkeit in die Krise. Der Souverän kann seine Rolle als Souverän nicht mehr wahrnehmen. Insofern geht mit der Krise kapitalistischer Ökonomie zugleich auch die Krise staatlicher Souveränität einher.

Die Krisenprozesse wurden, wenn überhaupt, in den westlichen Zentren erst wahrgenommen, als sie diese in Gestalt der Krise der Finanzmärkte und der Finanzkrisen der Staaten erreichten. In der Zweidrittelwelt – und später in den östlichen Zerfallsregionen – zeigte sich die Krise des Kapitalismus in den Verschuldungskrisen und den damit verbundenen Zusammenbrüchen und aus ihnen erwachsenen Plünderungsökonomien. Im Osten scheiterten die staatlich betriebenen Strategien und Modelle nachholender Modernisierung. Ihr Scheitern war aber nicht der Sieg von ‚Markt und Demokratie‘, sondern Vorbote der Krisenprozesse, die wir gegenwärtig in den Zentren erleben. Auch Staaten des ‚demokratisierten‘ Ostens verlieren die Kontrolle über ihr Territorium und haben immer mehr Mühe, Sicherheit und Rechtsordnung zu garantieren.

Krise der Souveränität

Vor diesem Hintergrund sieht Robert Kurz zu Recht die Weltordnungskriege im Zusammenhang des „Endes der Souveränität“⁷. Das Prinzip der Souveränität wurde von Jean Bodin (1529-1596) formuliert und zum Prinzip aller modernen Staatsformen – vom Absolutismus, unter dessen Herrschaft sich der Kapitalismus zu ‚formieren‘ begann, bis zu den Varianten ‚totalitärer‘ und ‚demokratischer‘ Staatlichkeit in unseren Tagen. Mit Souveränität meint Bodin „die absolute und dauernde Gewalt eines Staates“, die „nur dem göttlichen Gebot und dem Naturrecht unterworfen ist“⁸. Wenn in den ‚demokratischen‘ Staaten alle staatliche Gewalt vom Volk ausgeht, steht dies nicht im Widerspruch zur so verstandenen Souveränität. An die Stelle der die Souveränität legitimierenden Autoritäten (Gott, Naturrecht) tritt lediglich ihre Versachlichung in der Gestalt der sattsam bekannten Sachzwänge und Alternativlosigkeiten als Ausdruck abstrakter Herrschaft im Kapitalismus. Gegenüber dem Apriori des Wertgesetzes und der mit ihm verbundenen Staatlichkeit ist das Volk, von dem angeblich alle Macht ausgeht, gerade nicht souverän. Im Gegenteil, es ist davon abhängig, und auch staatliche Souveränität gibt es nur im Einklang mit den Rahmenbedingungen, die vom Gesetz der Verwertung von Kapital abgesteckt sind⁹.

So verstandene Souveränität ist untrennbar mit einem Territorium, also mit Nationalstaatlichkeit, verbunden und findet ihren greifbarsten Ausdruck im Gewaltmonopol. Staatliche Souveränität setzt den territorialen und rechtlichen Rahmen für den Verwertungsprozess des Kapitals. In diesem Rahmen sind die Menschen der Herrschaft ‚abstrakter Arbeit‘ unterworfen. Nachdem die Systemzwänge erfolgreich verinnerlicht und Alternativen nicht mehr denkbar sind, erscheinen Rechtlosigkeit als Recht und Unterwerfung als Freiheit.

Deterritorialisierung und Entrechtlichung

Der Zerfall staatlicher Souveränität zeigt sich in Prozessen der Deterritorialisierung und Entrechtlichung. Staaten verlieren die Herrschaft, d.h. die Souveränität über ein Territorium. Angesichts der wegbrechenden Arbeit als Substanz des Verwertungsprozesses geht ihnen mit der abstrakten Arbeit die Basis ihrer territorialen Souveränität verloren. In den von Herrschaft ‚entterritorialisierten‘ Räumen entstehen aus den Trümmern einer über Verwertung (Markt) und Staat ‚regulierten‘ Gesellschaft besagte Plünderungsökonomien mit all ihren

⁷ Kurz, Weltordnungskrieg, 272ff.

⁸ Zitiert nach ebd., 283.

⁹ Vgl. auch Robert Kurz, Es rettet euch kein Leviathan, in Exit! Krise und Kritik der Warengesellschaft 7, 2011, 26 – 74 (Erster Teil) und 8, 2011, 108 – 162.(Zweiter Teil).

vielgestaltigen Erscheinungsformen von Gewalt. Akteure der sich in den Plünderungsökonomien manifestierenden Gewalt kämpfen mit den Restbeständen der staatlichen Gewaltapparate um Zugang zu Ressourcen und ihre Verwertung.

Mit Prozessen der Deterritorialisierung gehen Prozesse der Entrechtlichung einher – am greifbarsten in den Plünderungsökonomien, aber auch in den sog. Rechtsstaaten. Sie werden deutlich sichtbar im Bruch des Völkerrechts. Den entscheidenden Einschnitt stellte der NATO-Angriff auf das zerfallende Jugoslawien dar. Angegriffen wurde ein souveräner Staat, der sich seinerseits keine Verletzung der Souveränität eines anderen Staates hatte zuschulden kommen lassen. Das Ergebnis sind ethnische konstituierte Einheiten („eingezäunte ‚Ethno-Zoos‘“¹⁰), die mit keinem Prinzip staatlicher Souveränität vereinbar sind. Seit dem 11. September gibt es kein Halten mehr. Al-Qaida-Kämpfer werden in einem souveränen staatlichen Territorium bekämpft ohne jede Schutzmöglichkeit für die Bevölkerung. Und die US-Regierung erklärt ihre Absicht, auch außerhalb Afghanistans Terroristen in geheimen Militäraktionen zu verfolgen und zu töten. In Pakistan werden gegen den Willen des Souveräns von den USA Drohnen eingesetzt. Im Rahmen der Terrorismusbekämpfung wird die UNO degradiert, um notfalls auch ohne UNO-Mandat militärisch handeln zu können.

Die Preisgabe von Souveränität und Recht zeigt sich darüber hinaus auch darin, dass souveräne Staaten mit den Zerfallsprodukten staatlicher Souveränität gleichberechtigte Beziehungen aufnehmen – bis hin zu Verhandlungen, Verträgen und wechselnden Bündnissen. So konnten Taliban und Saddam Hussein von verhätschelten Partnern der Demokratien zur Personifikationen des Bösen werden, das ausgerottet werden muss. Die nun in Afghanistan ‚demokratisch‘ hoffähig gewordene Nordallianz und ihre Mord-, Vergewaltigungs- und Plünderungshaufen dürfte kaum weniger islamistisch-fundamentalistisch orientiert sein als die bekämpften Taliban – lediglich gegenwärtig durch ‚zivilen‘ Wohlverhalten gezähmt auftreten. Sich über den immer wieder neuen Wechsel der Gewaltpartner der westlichen Wertegemeinschaft zu empören, greift zu kurz. Es käme darauf an zu sehen, „dass in immer größeren Teilen der Welt gar keine Möglichkeit mehr besteht, als mit postsouveränen Mächten ... zu verhandeln, sich auf wechselnde Bündnisse mit ihnen einzulassen usw., weil eben gar keine Souveränität mehr besteht oder sie in Auflösung begriffen ist“¹¹. Genau dies wiederum hat seine Ursache darin, dass staatliche Souveränität angesichts des zusammenreichenden Verwertungsprozesses nicht mehr hergestellt werden kann.

Im verzweiferten Kampf um Selbstbehauptung wird tendenziell jedes Mittel recht: Bruch der Menschenrechte, sogar ein ‚bisschen Folter‘ in Guantanamo, der Einsatz von Drohnen in Pakistan ohne Zustimmung des staatlichen Souveräns und auch ‚ein bisschen Spionage‘ unter Bündnispartnern etc. Verschärft wird die Tendenz zur Rechtlosigkeit durch die Privatisierung des Gewaltmonopols sowie die Korrumpierung politischer Akteure und Institutionen und darin des demokratischen ‚Nomos‘. Mit der Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols in private Gewaltunternehmen nähern sich die Staaten den in den Plünderungsökonomien gekauften Söldnerbanden an.

Auch Korruption ist kein Phänomen mehr, das sich nur in zerfallenden Staaten zeigt. Sie greift auch in den Zentren der westlichen Demokratien um sich. Wo der Wert als gesellschaftliche Grundform sich entsubstantialisiert, zerfallen mit ihm auch moralische Werte wie Recht, Vertragstreue, Ehrlichkeit, in die der Verwertungsprozess – zumindest in der Hochphase kapitalistischer Entwicklung – eingebettet war. „Wie das Gewaltmonopol, so

¹⁰ Ebd., 296.

¹¹ Ebd., 299.

verflüssigt und zersetzt sich auch der bürgerliche Begriff von Recht und Gerechtigkeit, wenn der Himmel der Souveränität einstürzt.¹² Im Sumpf von Korruption und korrumpierter Werte wird es möglich, Auschwitz in Kombination mit gefälschten Dokumenten zur Legitimation für Krieg werden zu lassen, Gewalt, die aussichtslos zu dem Zweck eingesetzt wird, die Funktionsfähigkeit des nicht mehr funktionierenden Kapitalismus zu sichern, ‚humanitär‘ zu bemänteln oder auch die Unmittelbarkeit eines ökonomischen Interesses plausibel zu machen: Für ‚Wohlstand‘ und Wachstum brauchen ‚wir‘ eben Öl, Rohstoffe und Militär, oder auch – vermittelbar für jedermann – ‚Keine Bananen ohne Bundeswehr‘.

Gegen wen werden die ‚neuen Kriege‘ geführt?

Offensichtlich lassen sich die zu bekämpfenden Gegner nicht mehr einfach als staatliche Souveräne ausmachen. Im Gegenteil, sie sind Produkte des Zerfalls der Souveränität. Sie bewegen sich als Ethno-Banden und Warlords im Kontext von Plünderungsökonomien auf einer substaatlichen Ebene. Die Al-Qaida-Gotteskrieger agieren als Staaten übergreifendes Netzwerk, das Stützpunkte in verschiedenen Staaten hat, auf einer substaatlichen und metastaatlichen Ebene. In jedem Fall handelt es sich bei den Gegnern der Souveräne um postpolitische Gebilde, die sich jenseits der Logik der Souveränität bewegen.

Damit wird auch die Relation von Angegriffenem und Angreifer sinnlos, ebenso wie die Logik der Selbstverteidigung. Entsprechend macht es auch keinen Sinn, solche nicht staatlich zu fixierenden Gegner nach der Logik der Landesverteidigung und mit den ihr entsprechenden Strategien und militärischen Mitteln zu bekämpfen. Offensichtlich sind kleine Gruppen und Netzwerke dazu in der Lage, die staatlichen Militärapparate zu unterlaufen, außer Kraft zu setzen und zu blamieren. Entsprechend versuchen sich die neu ausgerichteten Militärapparate auf die neue Situation einzustellen. Wie auch immer sich die Strategien und Apparate entwickeln, nationale Selbstverteidigung wird zu einer logischen Unmöglichkeit¹³.

Vor allem aber ist nicht mehr mit einer zielgerichteten Rationalität der Gegner zu rechnen. Es geht nicht mehr um rationale politische Ziele wie Befreiung und entsprechende Strategien und Mittel, die eingesetzt werden, um ein emanzipatorisches Ziel zu erreichen. In den plünderungsökonomischen Strukturen mischen sich Gewaltformen, die sich mit ökonomischen Interessen verbinden, mit Gewaltformen, in der Gewalt zum irrationalen Selbstzweck wird. Die Irrationalität der Gewalt wird an der bedingungslosen Bereitschaft zum Selbstmord, der sich als Selbstopfer inszeniert, sichtbar. Dagegen scheint kein zweckrationales Kraut gewachsen. Mit Mittel-Zweck-Relationen ist blinde Zerstörungsbereitschaft nicht zu erklären und schon gar nicht zu bekämpfen.

Die Irrationalität des Kapitalismus und seiner Gegner

Die Irrationalität, die im religiösen Wahn der Gotteskrieger und ihrer Bereitschaft zum Selbstmord zum Ausdruck kommt, ist dem Kapitalismus keineswegs fremd. Sein Kern ist ein irrationaler Selbstzweck: die Verwertung des Werts bzw. die Vermehrung des Kapitals um ihrer selbst willen. Diesem abstrakten und damit leeren Selbstzweck werden das Leben von Menschen und die Schöpfung als Grundlage des Lebens geopfert.

Die ‚Normalität‘ des Opfers wird in der betriebswirtschaftlichen Logik, also im ‚normalen‘ ökonomischen Krieg aller gegen alle vollzogen. Betriebswirtschaftliche Akteure sind nicht einmal als Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen. Die politische und mit ihr die militärische ‚Subjektivität‘ ist der ökonomischen ergänzend nachgeordnet. Folgt die ökonomische Logik des Tötens der privaten Logik des ‚homo oeconomicus‘ bzw. des

¹² Ebd. 304.

¹³ Vgl. ebd., 280ff.

‚bourgeois‘, verfolgt das ‚zivilisierte‘ Töten des ‚homo politicus‘ bzw. des ‚citoyen‘ eine gesamtkapitalistische Logik. Beide Varianten des Opfers bzw. des Tötens gehören als ‚Markt‘ und ‚Staat‘ als ‚Ökonomie‘ und ‚Politik‘ zur Konstitution des Kapitalismus und seines abstrakten und damit leeren irrationalen Selbstzwecks und sind insofern elementare Bestandteile der sog. westlichen Werte und der westlichen Wertegemeinschaft.

Die Aufstiegs- und Durchsetzungsphasen des Kapitalismus waren mit dem (normalen) ‚Terror der Ökonomie‘ samt ihren tödlichen Folgen sowie mit dem ‚zivilisierten‘ Töten des staatlichen Souveräns verbunden. Mit der gegenwärtig sich ausagierenden Krise stehen wir vor dem Ende der immanenten Entwicklungs- und Expansionsfähigkeiten des Kapitalismus. Mit dem Schwinden der Arbeit wird dem Verwertungsprozess die Substanz entzogen. Damit schwindet auch die Grundlage der staatlichen Existenz und mit ihr das an die Existenz von Staaten und an ihr Gewaltmonopol gebundenes Recht. Der Ausnahmezustand der Gewalt, in dem nach Carl Schmitt die staatliche Existenz und die Grundlage des Rechts fundiert sind, wird zur Normalität.

Soziale und politische Kritik, die auf den Entwicklungsmöglichkeiten des Systems gründet, bleibt ohne tragfähige Grundlage. Es macht keinen Sinn mehr, den Kapitalismus an seinen eigenen ‚aufgeklärten‘ sozialen und politischen Ansprüchen zu messen bzw. die uneingelösten Ideale der Aufklärung einzuklagen. Ebenso wirkungslos dürfte alles Insistieren auf Recht bleiben. Für all das schwindet die Grundlage. In der sich zuspitzenden Krise mutiert der ‚homo oeconomicus‘ zu einem nackten leeren Konkurrenz-Subjekt, dem mit den Möglichkeiten, Arbeit zu verwerten, seine Substanz entzogen ist. Damit ist auch der ‚homo politicus‘ substanzlos und droht zu einem nackten Gewalt-Subjekt zu werden.

Die Parallelen werden deutlich: In den Terrorbanden und Terrornetzwerken sind immer weniger binnenrationale soziale und politische Zielsetzungen zu erkennen, „aber sie drücken – stellvertretend für Milliarden von hoffnungslosen Konkurrenzsubjekten – den Zerstörungs- und Selbstzerstörungscharakter des Weltsystems an seinen absoluten historischen Grenzen aus.“¹⁴

Womit sich ‚soziale Bewegungen‘ auseinandersetzen müssten...

Aus den Fallen von ‚Politik- und Vermittlungsfähigkeit‘ finden soziale Bewegungen nur heraus, wenn sie sich an dem orientieren, was an Erkenntnis zu gewinnen ist. Im Zusammenhang mit der Frage der Militarisierung wäre dies u.a.:

- Die Versprechen der Humanität und des Wiederaufbaus (im Sinne von Markt und Demokratie) stoßen auf die Grenzen des warenproduzierenden Systems, das immer weniger Menschen über Lohnarbeit ‚integrieren‘ kann und mit einer „globalen Demobilisierung von Arbeitskraft“¹⁵ verbunden ist.
- Die zunehmenden Krisen und Zusammenbrüche mit den Irrationalismen von Hass und Gewalt stellen die militärische Kontrollfähigkeit in Frage. Dieser Infragestellung treten die politischen Akteure auf paradoxe Weise entgegen: Durch Militarisierung wollen sie eine Handlungsfähigkeit ‚beweisen‘, die an ihre objektiven Grenzen stößt.
- Die militärische Stärke kann auf Dauer nicht die ökonomische Schwäche (Verschuldung, Außendefizite, von denen globale Wirtschaftskreisläufe abhängen)

¹⁴ Ebd., 273.

¹⁵ Robert Kurz, Barbarei, Migration und Weltordnungskrieg. Zur Signatur der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, S. 8

kompensieren. Das gilt auch für die letzte verbliebene Weltmacht der USA und ihre Rolle als Weltpolizist des ‚ideellen Gesamtkapitalisten‘. Sie steht auf den tönernen Füßen von Defizitkreisläufen.

- Die Versuche, die Kontrolle über die barbarischen Folgen der Destruktionsprozesse aufrecht zu erhalten, schlagen um in die „Barbarei der Kontrolle“¹⁶.
- „In der sich abzeichnenden ökonomischen Unbewältigbarkeit der neuen globalen Krisenkonstellation“ lauert „die Gefahr einer irrationalen ‚Flucht nach vorn‘ in den Weltkrieg. Allerdings kann das auf dem Entwicklungsniveau der Globalisierung kein Krieg zwischen imperialen Machtblöcken für die ‚Neuaufteilung der Welt‘ mehr sein. Man müsste vielmehr von einem Weltbürgerkreis neuen Typs sprechen, wie er sich in den ‚Entstaatlichungs‘- und Weltordnungskriegen seit dem Untergang der Sowjetunion bereits angedeutet hat, die vielleicht nur die Vorboten waren. Nie war die Parole ‚Sozialismus oder Barbarei‘ so aktuell wie heute. Aber gleichzeitig muss der Sozialismus am Ende der Modernisierungsperiode neu erfunden werden.“¹⁷

Und wo bleibt die Handlungsfähigkeit?

‚Empört Euch!‘ heißt es in der Kampagne gegen Rüstungsexporte. Es ist aber zu befürchten, dass Empörung wesentlich zu kurz greift. Sie könnte zwar dann ein Anknüpfungspunkt sein, wenn sie als Empörung über das verstanden würde, was Menschen zu erleiden haben. In diesem Sinn ist die Frage nach den Opfern ein unverzichtbarer Ausgangspunkt des Denkens. Aber letzteres müsste dann auch geschehen – ganz im Sinne von Adornos Diktum: ‚Das Leid gibt zu denken.‘ Zu fragen wäre dann nach dem Zusammenhang der ‚empörenden Phänomene‘ mit dem Ganzen der kapitalistischen Konstitution und der logischen und historischen Grenze, auf die sie stößt. Weiter gefragt: Welche Rolle spielen Rüstungsexporte, Drohnen, die in Büchel lagernden Todespotentiale etc. im Kontext eines Kapitalismus, der sich nicht mehr reproduzieren kann, an dessen Reproduktionsfähigkeit aber staatliches Handeln, Recht, Moralvorstellungen und nicht zuletzt die Subjektform gebunden sind? Was wird aus all diesen weltweit vorhandenen Gewaltpotentialen, wenn die staatliche Verfügungsmacht nicht mehr gewährleistet ist und sie in die Hand von ‚warlords‘ und Terrorbanden fallen? Und auch staatliche Verfügungsmacht ist keineswegs frei von terroristischer Verfügung über Gewaltpotentiale – erst recht, wenn es um die ‚letzten Reserven‘ im irrationalen Kampf um die Existenz der Wertform gehen sollte.

Was bedeutet das Gebot ‚Du sollst nicht töten!‘ als Horizont christlicher Friedenserziehung? Dabei geht es ja nicht einfach um Töten in militärischen Zusammenhängen. Letzteres ist – genau das belegen die biblischen Zusammenhänge – Ergebnis eines Tötens durch Wegnahme des Landes, falsche Zeugenaussagen etc. Anders gesagt: Militärisches Töten steht im Zusammenhang des erlaubten betriebswirtschaftlichen Tötens weltweit. „Es gibt“ ja – wie bei Brecht nachzulesen ist – „viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen in den Selbstmord treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.“¹⁸

Durch theoretische Reflexion ist zu erkennen, dass Überwindung von Gewalt oder auch nur die Minderung ihrer Eskalation nur im Bruch mit dem kapitalistischen Formzusammenhang

¹⁶ Ebd., S. 7ff

¹⁷ Robert Kurz, Weltmacht und Weltgeld. Die ökonomische Funktion der US-Militärmaschine im globalen Finanzkapitalismus und die Hintergründe der neuen Finanzkrise.

¹⁸ Bertold Brecht, Me-ti. Buch der Wendungen, Frankfurt am Main, 1983, 59.

von Warenproduktion, abstrakter Arbeit, Geld, Staat und Politik, Subjekt und dem Denken in diesen Kategorien möglich sein können. Solche Erkenntnisse würden für soziale Bewegungen befreiende Horizonte eröffnen.

Zum einen kämen sie heraus aus der Defensive, in der sie stecken, weil sie immer noch meinen, in den herrschenden Kategorien denken und reden zu müssen, um politisch ‚anschlussfähig‘ zu bleiben. Gewännen sie Mut zu Reflexion und radikaler Kritik, müssten sie sich von den Apologeten des Systems in der Öffentlichkeit nicht mehr als diejenigen darstellen lassen, die sich verweigern ‚Verantwortung‘ zu übernehmen. Durchschaubar wäre, dass hinter der Verantwortungsrhetorik nur die Frage der ‚Verantwortung‘ für den Erhalt der Funktionsfähigkeit des Kapitalismus steht, genau das aber beinhaltet Verantwortungslosigkeit gegenüber seinen Opfern. Die ethische Frage ist dann nicht mehr „Dürfen wir uns heraushalten?“ (de Maiziére), sondern: Dürfen wir so weitermachen? Und wie können wir aus einem System aussteigen, dessen abstrakter Selbstzweck der Vermehrung von Kapital die Welt in den Abgrund treibt und dessen Zerstörungsprozesse immer neue Ausgeburten von Gewalt hervorbringen?

Ein zweites: Statt Anschluss an eine ‚Politikfähigkeit‘ zu suchen, der von den realen Verhältnissen die Grundlage entzogen wird und die sich selbst ‚ad absurdum‘ führt, käme es darauf an, die logische und historische Grenze dieser Politikform zu thematisieren. Die Anschlussfähigkeit an die Politik und die öffentliche Meinung kann kein Kriterium der Wahrheit sein. Nicht das ist wahr, was am politischen Hofe und in den hofkonformen Medien ‚vermittelbar‘ ist. Wahrheit ist mit der Erkenntnis verbunden, die aus der Analyse der Erscheinungen im Zusammenhang des Ganzen zu gewinnen sind. Und solche Wahrheit ist zu sagen und in den Streit um die Wahrheit einzubringen.

Und nicht zuletzt: Statt in sozialen Bewegungen den Aktionismus einer zum Scheitern verurteilten Politik nur ‚spiegelverkehrt‘ zu wiederholen, käme es darauf an, sich von der Akkumulation des Leidens auf dem Globus unterbrechen zu lassen, Zeit und Zeiten für theoretische Reflexion zu gewinnen. Ohne Bruch mit den Tabus der Unantastbarkeit des kapitalistischen Formzusammenhangs und der Kategorien, in denen er sich darstellt, dürften Handlungsperspektiven nicht zu gewinnen sein. In diesem Sinne ist Kapitalismuskritik kein Luxus, den sich die auch noch leisten können, die von einer notorischen Lust an Theorie getrieben sind. In Anlehnung an Marx formuliert: Die Kritik des Kapitalismus wird zur Voraussetzung aller Kritik und der Möglichkeit, die Welt zu verändern.